

„Unser“ Euro in der Krise wegen griechischer „Trickserei“?

Ist Griechenland trotz EU- und Euro-Mitgliedschaft pleite oder gerade deswegen?

„Machen die Griechen unseren Euro kaputt?“ – mit dieser Frage hat „Bild“ kürzlich die Schuldenprobleme eines kleinen Landes am Rande der EU in großen Lettern zum Schicksalsproblem der Nation und ganz Europas ausgerufen. Und die dazugehörige Wunschlösung wird in Frageform gleich nachgereicht: „Können wir den Griechen den Euro wegnehmen?“ Antwort: „Geht leider nicht so einfach!“, auch wenn Frau Merkel inzwischen dafür ist. Vom Bild-Leser über die Großökonomien bis zur Bundeskanzlerin befinden jedenfalls alle, dass die Griechen schwer über ihre Verhältnisse gelebt und sich die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion erschwandelt hätten, weshalb sie „unseren Euro“ nicht verdienen.

Wie kommt es, dass einem Land wie Griechenland, das noch vor wenigen Jahren als eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte galt, jetzt *trotz* Zugehörigkeit zur EU und mit dem Euro der Staatsbankrott droht? Ökonomischer Zweck der EU nach innen war und ist es, europaweit einheitliche, von einzelstaatlicher Regulierung möglichst unbeeinträchtigte Konkurrenzbedingungen für das Kapital herzustellen. Unternehmen sollen sich mit ihrer Konkurrenzmacht auf dem ganzen EU-Markt bewähren und diesen für sich nutzen können. Und die EU-Staaten sollen auf diese Weise von florierendem Wirtschaftswachstum profitieren, das sich auf diese Weise einstellen soll. Schwächere Mitgliedstaaten kriegen zur Modernisierung ihrer Wirtschaft und Infrastruktur Subventionen, damit auch sie sich zu einem rentablen Kapitalstandort im Binnenmarkt herrichten können.

So wurde auch Griechenland zur profitablen Geschäftssphäre: In- und ausländische Banken konnten ihre griechischen Geschäfte in der gemeinsamen Währung abwickeln. Der Zugriff auf den Kredit der Europäischen Zentralbank weitete ihr Kreditvolumen kräftig aus. Europäische Konzerne übernahmen dank ihrer überlegenen Kapitalgröße und Produktivität griechische Unternehmen und deren Marktanteile, verdrängten als Handelsketten mit ihren Supermärkten die kleinen griechischen Läden und machten so das Land zu *ihrem Absatzmarkt*. Das alles ist allerdings etwas anderes als der blühende Kapitalstandort, womöglich die wichtige Basis für Geschäfte des EU-Kapitals mit dem ganzen nahöstlichen Raum, wie es sich der griechische Staat von seiner EU-Mitgliedschaft erhofft hatte. Angesichts des ausbleibenden Konkurrenz Erfolgs der griechischen Ökonomie im EU-Binnenmarkt war es da nur logisch, dass die Regierung sich den Euro als nationales Kreditgeld zunutze machte. Dank dessen Zahlungskraft konnte der griechische Staat die Wirtschaftsförderung und Schaffung von Arbeitsplätzen mittels seines Haushalts selbst in die Hand nehmen. Zudem wusste Griechenland durch stättliche Waffenkäufe, vornehmlich in Deutschland, auch seine Bedeutung als verlässlicher Nato-Partner zu betonen.

Darüber, dass die Griechen es mit der staatlichen Buchhaltung nicht so genau nahmen, wurde angesichts politischer Zuverlässigkeit und vorbildlicher Wachstumsraten gerne hinweggesehen. Auch das Finanzkapital störte sich nicht an solcher „Trickserei“ und kaufte eifrig griechische Staatsanlei-

GEGENSTANDPUNKT Vortrag & Diskussion

Von allen geliebt, von vielen besungen, von niemandem kritisiert:

Freiheit

– das vertrackte Prinzip bürgerlicher Herrschaft

Freiheit gilt als das Gegenteil von Herrschaft. Zu Unrecht: Freiheit wird den Bürgern von oben *gewährt*. Mit der Erteilung der Lizenz, die eigenen Interessen verfolgen zu dürfen, legt die Herrschaft zugleich die Grenzen dieser Erlaubnis fest. Anstatt sich nach dem Verhältnis beider Seiten zu erkundigen, begrüßen die Menschen die Freiheit und beklagen ihre Schranken. Auch misstraut keiner gesellschaftlichen Interessen, die offenbar so unverträglich sein müssen, dass sie einer beschränkenden Herrschaft bedürfen, um nebeneinander existieren zu können.

Privateigentum ist nicht eine von vielen Möglichkeiten, Freiheit zu verwirklichen. Vielmehr ist Freiheit nichts anderes als die politische Verpflichtung aufs Eigentum – auch wenn in dem entsprechenden Artikel der Verfassung von nichts anderem als der „*freien Entfaltung der Persönlichkeit*“ die Rede ist.

Die Pflicht zum ökonomischen Eigennutz nimmt die Bürger effektiver in den Dienst, als staatliche Kommandowirtschaft es je vermochte. Dem guten Ruf der Freiheit hat das nicht geschadet. Die einen nehmen die schlechten Erfahrungen, die sie im Reich der Freiheit machen, zum Anlass, sich umso verbissener an der Konkurrenz zu beteiligen. Andere erhalten sich die Liebe zur Freiheit mit der Sehnsucht nach „echter“ Selbstbestimmung und Solidarität. Die Kritik der „falschen“ Freiheit übersieht das Wesentliche: Der Fehler ist die Freiheit selbst.

22.4. Donnerstag, 20 Uhr
K4, Festsaal, Königstr. 93, Nbg.
www.gegenstandpunkt.com

hen, die aufgrund ihres erstklassigen Ratings jederzeit bei der EZB hinterlegt werden konnten und daher als gute Geldanlage galten.

Wenn Griechenland jetzt der Verlust seiner Kreditwürdigkeit droht, dann hat das seine Ursachen denn auch weniger im Finanzgebaren des griechischen Staates. Das ist vielmehr eine Folge des Finanzkrisenmanagements der USA und der EU-Staaten, die ihr Finanzgewerbe in der Finanzkrise mit astronomischen zusätzlichen Staatsschulden

gerettet haben. In dieser allseitigen Ausweitung der Staatsverschuldung zum Zwecke der Bankensanierung und in dem unterschiedlich großen Missverhältnis von Schuldenbergen und Wachstum in den Euro-Ländern haben ironischerweise die gerade geretteten Banken und ihre Ratingagenturen das nächste große Finanzrisiko entdeckt. Und bei ihrer kritischen Neubewertung der Kreditwürdigkeit aller staatlichen Großschuldner auch innerhalb der Euro-Zone springt eben das ►5.3

1. Das Gros der Menschheit er- lebt seinen „Steuerabzug an der Quelle“, bekommt also das vom Staat beanspruchte Geld nie in die Finger. Eine Minderheit von Besserverdienern genießt die Freiheit, dem Staat die Steuer „zu erklären“. Das beschäftigt Steueranwälte, die ihre betuchte Klientel legal arm rechnen, oder beschert Steueroasen wie Liechtenstein oder der Schweiz das Geschäftsmodell „Schwarzgeld“. Ein Gemobbter, der Rache will, oder ein Geschäftstüchtiger, der bloß aufs Geld aus ist – fertig ist die CD mit Steuersündern, die dem betrogenen Staat doch etwas wert sein müsste.

2. Trotz gewisser rechtsstaatlicher Bedenken bezüglich eines Deals ist die öffentliche Empörung beträchtlich: Steuerhinterziehung von Millionen in Milliardendimensionen, das

Vom moralischen und imperialistischen Nutzen eines grenzüberschreitenden Steuerdatenklus

kann nicht nur der Staat nicht leiden. Insbesondere in der Krise ist die Repatriierung solcher Summen ein dringendes Anliegen. Der kleine Mann ist sich mit den vielen Anständigen aus Kommerz und Politik – Ackermann, Geißler, Merkel – schnell einig: Steuerhinterziehung ist „kein Kavaliersdelikt“ und muss geahndet werden. Woher eigentlich die Reichen die Millionen haben, die sie forttragen, interessiert die Objekte der Ausbeutung einfach nicht.

Der *Klassengegensatz* ist komplett verschwunden, hier agiert die *sittliche Gemeinschaft der Steuerbürger*. Arbeiter und Manager bilden in dieser Hinsicht ein Kollektiv Gleicher, auch wenn zwischen den abgeführten Steuerbeträgen Welten liegen mögen. Man finanziert ein Gemeinwesen, das dafür mit Gegenleistungen wie Straßen, Schulen und Golfplätzen zu Diensten ist. So ist die Figur des Steuerzahlers, neben aller Säueris über die staatliche Zwangs-

abgabe, das große ideelle Gleichheitszeichen zwischen ökonomisch gegensätzlichen Klassen und der darüber stehenden Gewalt.

3. Damit werden die reichen Steuererhinterzieher, an deren Beruf als Unternehmensführer nie Zweifel aufkämen, zu Schmarotzern an der nationalen Gemeinschaft. Sie schicken ihre Kinder aufs Gymnasium und fahren mit dicken Autos auf unseren Straßen, wollen aber für diese Leistungen keinen Cent locker machen und tragen ihr Geld in die Schweiz. Der Fall ist also klar: „Kauft euch endlich die reichen Steuersünder!“ – diese Moral kann BILD leicht anstacheln, weil sie längst im Umlauf ist.

4. Der Kauf im wörtlichen Sinne wirft allerdings Probleme auf, weil es um eine CD mit *geklauten* Daten geht. Die mit dem ins Auge ►5.4

Vom Missbrauch der Mathematik in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften

Die Welt als mathematische Kurve

Der Pluralismus der bürgerlichen Geistes- und Gesellschaftswissenschaften besteht auf der prinzipiellen Ungewissheit von Erkenntnis. Theorien, die mehr als ein Ansatz unter vielen zu sein beanspruchen, werden als Dogmatismus ausgegrenzt. Seltsamerweise findet derselbe Pluralismus immer mehr Gefallen an einer Disziplin wie der Mathematik, die nun allerdings sehr „dogmatisch“ darauf besteht, dass sie gültige Gesetze formuliert und sonst nichts. Das Interesse gilt der Mathematik als einem Werkzeug der Sozialwissenschaften. Dass es sich um einen rationellen Gebrauch der Mathematik wie z. B. in der Physik nicht handeln kann, entnimmt man bereits den einschlägigen Urteilen über die Leistungen der Mathematik, wie sie im gesellschaftswissenschaftlichen Getriebe die Runde machen. Sie zeugen weniger von einer Kenntnis der Mathematik als von dem Willen, ihr erfundene Eigenarten beizulegen, die sie für eine ideologische Indienstnahme tauglich machen sollen.

Ist die Mathematik exakt?

Eindeutig ja, lautet das erste Lob auf diese Disziplin, das sie vor anderen auszeichnen soll. Dagegen wäre zu bemerken, dass die Titulierung „exakt“ keine nähere Bestimmung von Wissenschaft, sondern einen reinen Pleonasmus darstellt. Denn worin sonst besteht Wissenschaft als darin, „exakt“ die Bestimmungen einer Sache zu erschließen, die *ihr* und nicht irgendetwas anderem zukommen.

In den **Gleichungen** der Mathematik meinen bürgerliche Wissenschaftler allerdings ein Indiz für ihren Unsinn gefunden zu haben. Während das Urteil „Der bürgerliche Staat ist die politische Gewalt der kapitalistischen Gesellschaft“ bestenfalls als höchst uneindeutige Hypothese durchgeht, gilt das Fallgesetz

$$s = \frac{1}{2} g \cdot t^2$$

als Paradebeispiel eines exakten Urteils. Und warum? Weil letzteres eine *Gleichung* ist? Das Gesetz verlöre überhaupt nichts von seiner Gültigkeit, drückte man es in dem Satz aus, dass im freien Fall der zurückgelegte Weg mit dem Quadrat der Zeit wächst. Schließlich: dass *s*, *g*, *t* gemessen und beziffert werden, macht keinen Unterschied in der „Genauigkeit“ des Urteils, sondern zeigt einen Unterschied der erklärten Gegenstände an. Selbst da, wo es in der Sphäre von Staat und Kapital um bezifferbare Gegenstände geht, liegt deren Erklärung nicht in Quantitäten und Verhältnissen davon. Staatsverschuldung *ist* nicht, dass sie 1,4 Billionen Euro *beträgt*. Der politische *Zweck* der Gewalt setzt und verändert das Maß der Verschuldung; und da gibt es kein quantitatives Verhältnis, dem der Staat wie einem Naturgesetz unterworfen wäre. Diese Eigentümlichkeit ist tatsächlich dem Fallgesetz vorbehalten, das die Notwendigkeit des quantitativen Verhältnisses von Weg und Zeitquadrat *ist*.

Worin besteht es also, das Kompliment „exakt“? Vom *Inhalt* der beiden Urteile sieht es ebenso ab wie von ihrem Wahrheitsge-

halt. Das Attribut „exakt“ für eine Gleichung bestreitet ja weder den Satz über den Staat, noch erweist es das Fallgesetz als wahr. Dass ihm (größere) „Genauigkeit“ zukomme, meint offenkundig eine von Inhalt und Wahrheit unterschiedliche Qualität. Als einer *Methode* des Erklärens gilt den mathematischen Sätzen das Etikett „exakt“. Auf diese Weise wird die *Form* mathematischnaturwissenschaftlicher Gesetze von ihrem *Inhalt* getrennt und als dessen *Grund* behauptet. Nur: eine Gleichung und *ihr* Inhalt verhalten sich nicht wie Erkenntnisweg und -ziel zueinander. Anders gesagt: dem Fallgesetz kommt die Form der Gleichung $s = \frac{1}{2} g \cdot t^2$ deswegen zu, weil es dieses quantitative Verhältnis von Weg und Zeit *ist*. Und nicht umgekehrt hat es diesen Inhalt deshalb, weil das mathematische Denken sich für die Form der Gleichung als Erkenntnisinstrument für den freien Fall entschieden hätte.

Der Wunsch nach einer korrekten Methode des Erkennens ist prinzipiell verkehrt. Eine aus der Sache begründete Entscheidung für das „passende“ Erkenntnisinstrument setzte ja bereits voraus, was erst seine Anwendung erbringen soll, die Erkenntnis der Sache. Mit ihrem Vorliegen erübrigte sich aber auch der Rückgang auf eine Methode, weil bereits vollbracht wäre, was die Methode bewerkstelligen sollte. Bürgerliche Denker beharren dennoch auf der Notwendigkeit von Methoden. Die Entscheidung für eine Methode und deren Inhalt liegt dann jedenfalls *vor* allem Urteil über die Sache: sie enthält tatsächlich das Vor-Urteil, das Interesse, demgemäß man eine Sache sich *vorstellen* möchte. Und das ist nichts als eine wissenschaftlich begründete Absage an wissenschaftliche Erkenntnis. Unter der Hand ist also aus den *Resultaten* mathematischer Wissenschaft eine *Art und Weise* des Denkens, Methode eben, geworden.

Deren herausragende Leistung sehen bürgerliche Denker im Gebrauch der **Symbole**, die jene Eindeutigkeit verbürgen sollen, welche die mathematische Methode vor allen anderen als exakt ausweist. Nun sind abkürzende Schreibweisen per Symbol in der Mathematik tatsächlich an der Tagesordnung. Dass Symbole hier allerdings die Eindeutigkeit von Begriffen *stiften*, ist ein Gerücht. Dass $f(x) = ex$; $f'(x) = ex$, sagt all denjenigen eindeutig nichts, denen nicht die per Symbol bezeichneten Gegenstände eindeutig bekannt sind. Das Wissen um die bezeichneten Sachen wie Funktionsgleichungen, deren erste Ableitung sowie um die Exponentialfunktion ist den Symbolen *vor*ausgesetzt, will man sie überhaupt als

deren Symbole verstehen können.

Als eine besondere Leistung erscheint bürgerlichen Denkern diese Banalität nur deshalb, weil sie der Umgangssprache einen ganz prinzipiellen Mangel angedichtet haben: ihre Wörter und Begriffe seien *uneindeutig*:

„Die Sprache erweist sich als mangelhaft, wenn es sich darum handelt, das Denken vor Fehlern zu bewahren. ... Dasselbe Wort dient zur Bezeichnung eines Begriffes und eines einzelnen unter diesen fallenden Gegenstandes. ... ‚Das Pferd‘ kann ein Einzelwesen, es kann auch die Art bezeichnen. ... Die Sprache ist nicht in der Weise durch logische Gesetze beherrscht, dass die Befolgung der Grammatik schon die formale Richtigkeit der Gedankenbewegung verbürgte.“ (G. Frege: Über die wissenschaftliche Berechtigung einer Begriffsschrift)

Frege benutzt sein *Wissen* um die unterschiedenen Bedeutungen des Wortes ‚Pferd‘ um ihre Ununterscheidbarkeit als Mangel des Wortes zu beweisen. Zudem belegt die Tatsache, dass man in grammatisch korrekten Sätzen auch Unsinn wiedergeben kann, nicht einen Mangel der Sprache, sondern einen Fehler des geäußerten *Gedankens*. Frege verwechselt beides, weil seine aberwitzige Sehnsucht einer per Grammatik gegebenen Denkstruktur gilt, die einem das Denken und Urteilen *erspart* – und doch immer „Richtigkeit“ garantiert. Es ist dies eine Weise, dem Denken ganz prinzipiell die Objektivität zu bestreiten: man soll richtig denken, ohne *etwas* zu denken; die Wahrheit von Gedanken soll getrennt von und vor ihrem Inhalt feststehen.

Diesen ihren eigenen Widersinn wollen Sozialwissenschaftler allen Ernstes für die Leistung der Mathematik halten. In ihr soll eine Kunstsprache aus Symbolen und formaler Logik zu Hause sein, die jene „formale Richtigkeit der Gedankenbewegung“ verbürgt, gleich *welche* Gedanken da bewegt werden. Im Schließen folgender Art offenbart sich daher für einen Soziologen die „Macht des mathematischen Denkens“:

„Das *Wenn-Dann-Paradigma*: ‚Wenn John der Ehemann von Mary ist, dann ist Mary die Ehefrau von John.‘ Zwar kann diese Behauptung als das Ergebnis vieler Beobachtungen aufgefasst werden, bei denen eine Frau immer die Ehefrau ihres Ehemannes war, aber dazu sind empirische Beobachtungen überflüssig. ... Wenn wir wissen, dass John der Gatte von Mary ist, so sind wir aufgrund der Bedeutung von ‚Gatte‘ und Frau gezwungen zu schließen, dass Mary die Frau von John ist.“ (Rapoport: Mathematische Methoden in den Sozialwissenschaften, 15/16)

Der Satz ist zwar richtig, ein vernünftiger Schluss ist er nicht. Hinterher weiß man nicht mehr als vorher, weil aus der Voraussetzung gar kein *neuer* Satz geschlossen wird. Umgekehrt landet der Schluss so todsicher bei seiner – ausgerechnet! – Prämisse (John = Gatte heißt Mary = Ehegattin), weil er diese Prämisse nie verlassen hat.

Als Albernheit gelten solche Beispiele bei den Bewunderern der Mathematik nicht. Sie stehen ja für das Fehlurteil, das sie verbreiten wollen. Die Exaktheit der Mathematik, die aus Gleichungen, Symbolen und formaler Logik sprechen soll, löst sich auf in die Vorstellung einer Technik der „Führung“ von Gedanken, die so unanfechtbar ist wie die Gedanken inhaltslos. Darin sieht ein Popper ganz unironisch die Leistung jedes „*mathematischen Lehrsatzes, dessen Gehalt immer gleich Null ist*“ (Popper: Die Zielsetzung der Erfahrungswissenschaft; in: Theorie und Realität, 35) Die Umdeutung der Mathematik in eine Methode fällt also zusammen mit der Bestreitung ihres Inhalts, so dass sie jetzt prompt jedem Sozialwissenschaftler einleuchtet als ein Instrumentarium, das man getrost auf jeden Inhalt anwenden darf.

Ist die Mathematik universell?

Eindeutig ja, meinen die Freunde der Zunft aus dem anderen Lager.

„Die Mathematik stellt die *lingua franca* aller Wissenschaft dar, da sie an sich ohne Inhalt ist.“ (Rapoport, op. cit. 10)

Abiturienten sollten das besser wissen. Zahlen & Gesetze der Rechenoperationen (Arithmetik), Gleichungen & Gesetze ihrer Lösungen (Algebra), Funktionen & ihre Gesetze der Stetigkeit, Differenzierbarkeit (Analysis) etc. *sind* der Inhalt der Mathematik. Die Behauptung von der Inhaltslosigkeit wird auch durch folgenden Einfall nicht haltbarer:

„Der Fall eines gereiften Apfels, die Bewegung der Gestirne, der Flug von Geschossen und heute die Bahnen der Satelliten wie auch die Wege der Raumschiffe sind alle Gegenstand einer einzigen *mathematischen Theorie*.“ (Rapoport, 21)

Wenn so disparate Gegenstände wie Apfel, Geschoss und Raumschiff unter *ein* – übrigens physikalisches – Gesetz wie „Kraft = Masse · Beschleunigung“ fallen, dann deshalb, weil sie tatsächlich eine Gemeinsamkeit an sich haben. Sie *sind* Massen, und als solche unterliegen sie den dafür geltenden Gesetzen. In diesen Gesetzen spielt der besondere Inhalt der Masse, ob Zellstoff oder Stahl, keine Rolle. Ein Kilogramm ist eben ein Kilogramm, ob von einem Stück organischer oder anorganischer Natur auf die Waage gebracht (dies ein Unterschied von Qualitäten, der in die Chemie fällt). Daraus möchten bürgerliche Denker folgenden Fehlschluss gezogen haben: Weil Apfel und Raumschiff in *den* Bestimmungen, die in den Gesetzen der Mechanik keine Rolle spielen, auch nicht vorkommen, also erst recht nicht als der sinnlich wahrgenommene Gegenstand, an dem alle Bestimmungen in Einheit existieren, kommt in den mechanischen Gleich-

chungen gar kein Inhalt vor. Also sind die Gleichungen inhaltslos und daher auf die unterschiedlichsten Inhalte anzuwenden. Wogegen zu bemerken wäre, ein Soziologe möge einmal statt der Fallgeschwindigkeit des Apfels erfragen, ob er auch stetig differenzierbar ist. Eine Anregung, die schleunigst revidiert werden muss. Ihm viele nämlich gar nicht auf, dass er in der Funktionentheorie mit Gesetzen einer *Qualität namens Funktion* hantiert, die so ein Früchtchen – im Unterschied zur Masse! – gar nicht an sich hat, weswegen es auch nicht unter diese Theorie fällt.

Der Missbrauch der Mathematik

in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften besteht nämlich in folgendem Idealismus:

„Der einzigartige Erfolg der mathematischen Wissenschaften erklärt sich gerade auf der Verbindung (!) dieser transzendenten ‚Realität‘ idealisierter Begriffe und der beobachtbaren Welt.“ (Rapoport, op. cit. 16)

„Transzendente Realität“ nennt der Soziologe die Mathematik deshalb, weil sie ihm zufolge ein Sammelsurium von Begriffen vorstellt, in denen gar nicht etwas begriffen ist. Also schon gar nicht die „beobachtbare Welt“, die aber doch mit ihnen begriffen werden soll. Eine „Verbindung“ ist den mathematischen Begriffen und der Wirklichkeit also auch nicht eigen. Denn wie sollte man einem Begriff ohne Inhalt anmerken, auf welchen er bezogen ist! Was der Soziologe Verbindung nennt, ist also ein Akt reiner Willkür. Man muss einem realen Gegenstand eine mathematische Gesetzmäßigkeit zuschreiben. Dann kann man ihn auch als solche betrachten. Nie werden also seine Bestimmungen ermittelt. Umgekehrt ist die reine Konstruktion von Gesetzmäßigkeiten der Ausgangspunkt, als deren Ausdruck dann die „beobachtbare Welt“ gedeutet wird. Ein Popper bekennt sich sehr selbstbewusst zu dieser Sorte Metaphysik:

„Indem wir Erklärungen in der Form von universellen Naturgesetzen wählen (!), schlagen wir eine Lösung für genau dieses zuletzt erwähnte (platonische) Problem vor. Denn wir stellen uns alle individuellen Dinge und alle einzelnen Tatsachen als diesen Gesetzen unterworfen vor. Die Gesetze erklären daher Regelmäßigkeiten oder Ähnlichkeiten individueller Dinge oder individueller Tatsachen oder Ereignisse. Und diese Gesetze sind nicht (sic!) den einzelnen Dingen inhärent.“ (Popper, op. cit. 34)

Diese Wissenschaft entdeckt also genau die „Regelmäßigkeiten“, die sie zuvor mit ihren konstruierten „Gesetzen“ in die Sachen hineingelegt hat, die aber deren Gesetze gar nicht sind. Der Unsinn ist also unvermeidlich. ◀



GEGENSTANDSPUNKT
Politische Vierteljahreszeitschrift
ISSN 0941-5831 • 140 Seiten • € 15

Im Buchhandel erhältlich:

Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A
Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9
Nürnberg: Bahnhofsbuchhandlung,
Bahnhofplatz 8
Rüssel, Frankenzentrum,
Glogauer Str. 38
Hugendubel, Ludwigsplatz 1

► „UNSER“ EURO IN DER KRISE ...

Land mit dem momentan ungünstigsten Schulden-Wachstum-Verhältnis als erstes über die Klinge.

Das hat wenig mit Griechenland selbst zu tun, sondern verweist auf die widersprüchliche Konstruktion der Europäischen Währungsunion. Grundlage des Euro als gemeinsames Geld ist der Kredit der gesamten Euro-Zone. Aber die Verschuldung der Euro-Staaten fällt in deren jeweilige Souveränität. Sie machen mit ihrem Staatshaushalt und ihren Staatsschulden Standortpolitik, damit sich ihre Wirtschaft in der Konkurrenz auf dem gesamteuropäischen Binnenmarkt behauptet.

Darüber findet eine brutale Sortierung des Kontinents in erfolgreiche und erfolglose Kapitalstandorte statt. Denn indem jeder Euro-Staat versucht, seinen Kapitalstandort möglichst ertragreich auszubauen, machen alle einander die Erträge aus der Kapitalakkumulation in ihrem großen Gesamt-Euro-Land streitig, mit denen sie für ihre Schulden und das Gemeinschaftsgeld einstehen müssen. Mit ihrer Konkurrenz gegeneinander torpedieren die Staaten in der Währungsunion allerdings auch die Voraussetzung, auf der ihr gemeinsames Kreditgeld beruht: Jede Nation soll gleichrangig mit allen anderen und mit annähernd gleichem Verhältnis von Schulden und Wachstum für die Stabilität dieses Geldes bürgen. Gleichzeitig will jede Nation mit ihrer Staatsverschuldung Wachstum für sich und gegen alle anderen Mitglieder der Eurozone schaffen – in Konkurrenz gegeneinander wollen alle Euro-Staaten jeweils ihren Vorteil suchen. Und genau das soll die Spekulanten in Banken und Börsen davon überzeugen, dass die gemeinsame Währung Euro eine sichere und stabile Anlage-Währung darstellt, in der man sich gerne anlegt?

Dadurch gerät die Verteidigung des Euro gegen die Anti-Euro-Spekulation selber zum Gegenstand der härtesten Konkurrenz untereinander darum, wer dafür die Kosten zu tragen hat. Dies wird zur Zeit nicht nur in und an Griechenland in aller Härte durchexerziert. Pech für Griechenland, dass es da gerade in der Position ist, an sich ein Exempel statuieren lassen zu müssen: Alles, womit Land und Leute in diesem Staat bislang überlebt haben, ist zu opfern,

Das Finanzkapital

III. Die ‚systemische‘ Bedeutung des Finanzgeschäfts und die öffentliche Gewalt

Das neue Europa in der Krise

Eine Zwischenbilanz der Transformation

Anmerkungen zu Griechenlands Staatsbankrott

Weltklimagipfel „gescheitert“

Der Kampf der Nationen um die globale Energiewende, ihre Erträge und ihre Geschäftsordnung wird grundsätzlich

Deutschland im Krieg: Sittliche Vorwärtsverteidigung eines Massakers · Streit unter Weltverbesserern: Pro und contra Verbot der Kinderarbeit · Friedensnobelpreis für die Weltmacht · Metall-Tariffrunde – „Berthold Huber bricht mit Tarif-Tabus“: Statt Lohn fordern, gemeinsam Kurzarbeit fördern! · Bagatellkündigungen: Achtung vor dem Eigentum – auch eine Anstandsfrage! · Dubai und seine Krise: Ein Lehrstück über die Macht des internationalen Kredits · Haiti: Eine öffentliche Lektion in Sachen humanitärer Imperialismus · Nachrichten aus der französischen Klassengesellschaft: Ende einer Karriere · Antiterroristische Landeskunde, diesmal: Jemen · Vom moralischen und imperialistischen Nutzen eines grenzüberschreitenden Steuerdatenklau
Leserzuschriften: Linksradikale Wahlsorgen – Verrät man durch ein Wahlkreuz seine herrschaftskritischen Überzeugungen? · Eine Frage der Klassen oder der Selbstständigkeit?

um den Staatsschulden den Schein zweifelsfreier Haltbarkeit zu verschaffen und dadurch Schaden vom gemeinsamen Kreditgeld abzuwenden.

Dass der Euro seine uneingeschränkte Tauglichkeit als eine Währung beweist, in der möglichst viel Akkumulation des weltweiten Finanzkapitals stattfindet, dafür ist den Euro-Ländern kein Opfer groß genug – und zwar Opfer derer, deren gesellschaftliche Aufgabe ohnehin in nichts anderem besteht, als durch ihre Arbeit das in Euro bilanzierte Kapital zu vermehren. Den Damen und Herren Arbeitnehmern wird vorgerechnet, dass „ihr Euro“ in ihren Händen allemal zu viel sei, dass ihre Löhne zu hoch, ihre Rentenansprüche zu teuer seien, dass sie länger zu arbeiten und den Gürtel enger zu schnallen hätten, weil ihr Konsum, also die Ausgaben für ihr tägliches Leben, die Stabilität des Euro gefährde.

In der Durchsetzung dieses Standpunkts hat sich Deutschland unter den EU-Staaten bislang besonders hervorgetan: durch eine in der Euro-Zone beispiellose Senkung der Lohnkosten, und nicht zuletzt durch einen mittels der „Agenda 2010“ durchgesetzten Niedriglohnssektor. Und die deutschen Gewerkschaften haben dabei vorbildlich mitgemacht: Ihnen ist kein Lohn zu niedrig, wenn es gilt, mit möglichst rentablen Arbeitsplätzen dem deutschen Kapital internationale Konkurrenzvorteile zu verschaffen.

Von diesem Standpunkt der unbedingten Opferbereitschaft des eigenen Volks für die Kreditwürdigkeit der Nation und die kapitalistische Durchschlagskraft ihres Geldes verlangt nun Frau Merkel von der griechischen Regierung die radikale und schnellstens durchzusetzende Verarmung ihres Volkes – und zwar mit exemplarischer Härte, damit den anderen Pleitekandidaten der Euro-Zone – Portugal, Irland, Spanien, Italien – gleich klar wird, dass auch für sie kein Weg vorbei führt an dem anstehenden europaweiten Volksverarmungsprogramm zwecks Rettung des Euro als Geschäftsmittel des Finanzkapitals.

Die sozialdemokratische Regierung Papandreou hat sich diesen Forderungen unterworfen und sieht sie als nationale Bewährungsprobe. Darin ist sie konsequent. Denn so wie sie bisher die EU-Mitgliedschaft als Erfolgchance

für die Nation gesehen hat, unterwirft sie sich auch jetzt der EU-Erpressung, dass nur ein unbarmherziges Armutsprogramm Griechenland vor dem Bankrott und damit dem totalen Zusammenbruch seiner Ökonomie retten könne. So bemisst sich eben jetzt der Erfolg der Nation.

Das muss dem griechischen Volk nur noch beigebracht werden. Da machen sich angesichts wiederholter Generalstreiks und Massenproteste manche Journalisten Sorgen – und manche Linken Hoffnungen –, ob die Griechen es womöglich an „Einsicht“ in die kapitalistischen „Sachzwänge“ fehlen lassen. Dagegen hat die Regierung in Athen klargestellt, dass sie sich wie jede moderne demokratische Staatsmacht zwar von allen Interessen „erpressen“ lässt, denen sie den Rang eines Sachzwangs zugesteht; aber auf keinen Fall vom eigenen Volk.

Dabei haben die protestierenden Griechen gar nicht vor, der eigenen Regierung die Geschäftsgrundlage aufzukündigen. Sie demonstrieren, wie kämpferisch auch immer, letztlich für ihre Nation, die sich von der EU und der Euro-Spekulation abhängig gemacht hat. Zwischen der Notlage des Landes und den Nöten, die die Regierenden ihrem Volk vermehrt in Aussicht stellen, setzen sie ein ganz großes Gleichheitszeichen: Als Griechen sollen alle, Rentner, Tagelöhner, Kapitalisten und Regierung, gegen die auswärtigen Erpresser zusammenstehen. So wird aus dem Volksprotest eine einzige patriotische Bereitschaftserklärung: Wenn es dem großen Ganzen dient, ist man zu jedem Opfer bereit – wenn nur alle gleichermaßen Opfer bringen.

Dem deutschen Volk braucht man in der Hinsicht gar nichts groß beizubringen. Den Wortführern der demokratischen Öffentlichkeit des Landes in Presse, Funk und Fernsehen reichen ein paar Tiraden über „mediterranen Schlandrian“, und schon ergreift das Publikum Partei. Für die Sache seiner Politiker und Wirtschaftsführer – und gegen „die Griechen“, denen eine ordentliche Verelendung gerade recht geschieht. Mit dieser Mischung aus Gehässigkeit und Ignoranz hält ein braves Volk offenbar besser aus, was seine Chefs mit ihm so alles anstellen, damit die Nation in der Konkurrenz ihren Spitzenplatz behält. ◀

Diskussionsveranstaltung der Sozialistischen Gruppe

wöchentlich dienstags
20 Uhr, Stadtteilzentrum Desi,
Brückenstraße 23, Nürnberg

Am 27. April 2010:

Die Herrschaft des Rechts gilt als zivilisatorische Errungenschaft – aber wer oder was herrscht eigentlich, wenn das Recht herrscht?

www.sozialistischegruppe.de

Diskussionsveranstaltung der Sozialistischen Hochschulgruppe

Staatsableitungen in der Politischen Philosophie: Wozu braucht der Mensch einen Staat? Ideologische Auffassungen zum Nutzen des Staates

Der Gegenstand der Politikwissenschaft hat es in sich: Sie handelt von politischer Macht und Herrschaft in unserer Zeit, von einer obrigkeitlichen Gewaltinstanz, die Zielsetzungen erlässt, über das Leben der ihr Unterworfenen entscheidet und ihnen die Lebensbedingungen vorschreibt. Und so viel ist über diese Gewaltinstanz ja auch klar: Wo ein Herrschaftsapparat existiert, zwingt die Obrigkeit die ihr Unterworfenen zu Haltungen, Aktionen oder auch Selbstbeschränkungen, zu denen diese nicht von sich aus aufgelegt sind; eine Herrschaft, die den Leuten nur das befiehlt, was die von sich aus wollen, kann abdanken.

Und auch so viel ist klar: Der Umstand, dass es auch in der modernen Gesellschaft, wo die Menschen nicht mehr Knechte sind, sondern freie, selbstverantwortliche Bürger, ein mit herrschaftlichen Befugnissen ausgestattetes Gewaltmonopol gibt, ist erklärenswert. Zu beantworten wäre die Frage: Wozu braucht es das? Wofür gibt es das? Um sich darüber Klarheit zu verschaffen, wäre es erforderlich, sich anzuschauen, was der moderne staatliche Gewaltapparat an Lebensbedingungen für die Leute erlässt und mit seiner Macht aufrechterhält; zu erforschen wäre, was die Obrigkeit verordnet, was sie tut, was ihr Programm ist. Dann hätte man die Antwort darauf, wozu es sie braucht.

Allerdings ist so ein Vorgehen in der Politikwissenschaft nicht üblich: Wenn Politologen oder auch Philosophen sich in Proseminaren dieser Grundfrage widmen, dann haben sie sie schon verschoben: Sie fragen nicht danach, wozu es diesen Staat mit dieser Ordnung braucht, sondern danach, warum *der Mensch* einen Staat braucht. Mit dieser Verschiebung in der Fragestellung ist eines schon von vornherein sicher: Während bei der Frage, wozu es diesen Staat mit seinem Programm braucht, noch als Antwort herauskommen kann: „Für einen Zweck, der besser nicht in der Welt wäre, weil er der Masse der Leute etwas abverlangt, was ihnen zum Schaden gereicht“, ist durch die Fragestellung der Politikwissenschaftler eine solche Antwort vor jeder Befassung mit dem Gegenstand „Staat“ ausgeschlossen, denn in dieser wird sich der Mensch als solcher als Grund des Staates vorgestellt und gefragt wird nach einem elementaren Bedürfnis des Menschen, das den Staat notwendig macht. Mit dieser vorab feststehenden Auffassung über den Staat als einem unentbehrlichen Dienst am Menschen untersucht die Politikwissenschaft nicht einfach den Grund und Zweck des modernen Staates, sondern sucht *gute* Gründe für ihn, und zunächst sogar gute Gründe für Staatlichkeit überhaupt. Allerdings zeichnen sich die Ergebnisse einer solchen Suche durch einige fundamentale Widersprüche aus: Denn gerade weil die staatliche Gewalt einem elementaren Bedürfnis des Menschen entsprechen soll, bemüht die Politische Philosophie ein Menschenbild, in dem der Mensch gegensätzlich bestimmt ist: Einerseits ist er einer, der um seiner selbst willen stets danach trachtet, andere fertig zu machen; andererseits ist er aber auch so vernünftig einzusehen, dass es besser ist, sich mit anderen zu vertragen. Nun, wenn er schon meint, er fährt besser mit Verträglichkeit, dann soll er halt aufhören, über andere herzufallen. Das kann er aber laut der Politischen Theorie nicht, weil er ja einer ist, der stets danach trachtet, über andere herzufallen. Als Ausweg aus diesem (konstruierten) Dilemma kommt für sie nur ein „Gesellschaftsvertrag“ in Frage: Die Menschen schaffen sich eine übergeordnete Gewalt, die ihnen die Forderung ihrer eigenen Vernunft nach Verträglichkeit aufzwingt. Es fragt sich nur, wie diese Mörderbande, die außerstande ist, auf ihre eigene Vernunft zu hören, es jemals hinkriegen soll, sich eine staatliche Instanz zu schaffen und sich dieser freiwillig zu unterwerfen.

In unserer Diskussionsveranstaltung wollen wir die Antworten der Klassiker der Politischen Philosophie – THOMAS HOBBS, JOHN LOCKE und JEAN-JACQUES ROUSSEAU – auf die Frage, wozu der Mensch einen Staat braucht, näher betrachten und zeigen, wie verkorkst die sich den Menschen und den Staat denken müssen, damit dieser als Dienst an jenem erscheint.

30.4. Freitag, 18 Uhr c.t.
Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de

► NUTZEN EINES STEUERDATENKLAUS ...

gefassten Deal dokumentierte Missachtung *Schweizer* Rechts spielt in der hiesigen öffentlichen Debatte um die Rechtmäßigkeit des Kaufs keine Rolle. Umgekehrt steht der Verdacht im Raum, dass ausgerechnet der Hüter des deutschen Gesetzes zum Hehler wird, also gegen *sein* Recht verstößt. Aber doch für eine gute Sache, oder? Damit beginnt ein

4

moralischer Streit um die Abwägung kollidierender *Rechtsgrundsätze*: Natürlich *darf* der Staat gestohlene Daten für die Bestrafung von Betrügern kaufen – er schmiert ja auch Kronzeugen mit der Aussicht auf Strafmilderung (Prantl). Natürlich darf der Staat *nicht* zum Hehler werden, weil Recht Recht bleiben muss – er hat ja auch im Fall Daschner die Folter für ein gutes Werk nicht erlaubt (Henkel). Ein Verzicht auf den Kauf wäre aber wiederum eine

Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes – die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen (Geißler); wenn es sich nicht gar um Strafvereitelung im Amt handelt (Wagenknecht). Der Kauf der gestohlenen Daten ist so gesehen womöglich ein Delikt; seine Unterlassung aber auch. Die Interessen, um die sich diese Debatte um die Gewichtung höherer Rechtsgüter dreht, sind dabei recht banal und durchsichtig: Der Staat will das Geld, der Vermögende es behalten und die Mövenpick-Partei sorgt sich um ihre besserverdienende Stammwählerschaft.

5. Die Wirklichkeit des Rechts, aus der die Debatte ihre Fallbeispiele entlehnt, lehrt etwas anderes übers Recht als die Vorstellung vom dienenden Verhältnis der Staatsgewalt gegenüber ihm: Das Recht ist nicht oberster *Zweck*, sondern *Mittel*, und zwar *der* Staatsgewalt, die es setzt. So ist es einerseits absolut, allgemein gültig kraft Gewalt. Und andererseits relativ, gesetzt und verändert gemäß den Vorhaben dieser Gewalt: Entweder der Regierungsbeschluss hat vor den Gerichten Bestand (eine Anzeige gegen Merkel liegt vor) oder die (inter-)nationale Gesetzeslage muss dem staatlichen Bedürfnis nach Kontrolle grenzüberschreitender Geldströme angepasst werden.

6. Merkel, sonst kein Basta-Typ, spricht ein Machtwort: Kaufen! Das wird nicht nur als gutes Geschäft mit Traumrendite gefeiert, sondern auch als ausgesprochen „instinkt-sicher“ gelobt. Es spült Geld in die Staatskasse und bedient auch noch die Moral der kleinen Leute, ohne deren Dienstbarkeit es die vielen reichen Verantwortungsträger und andere Mitglieder der Geldelite sowie den gefüllten Haushalt unseres Rechtsstaates gar nicht gäbe. So kommen doch noch Recht und Moral zur Deckung.

7. Zumindest im Inneren der Nation. Außen dagegen steht es um beide schlecht. Weniger der Datenklauer, sondern die „Steuroase“ Schweiz mit ihren Steuervorteilen und ihrem Bankgeheimnis ist kriminell, weil Beihelfer zum Steuerbetrug deutscher Steuerpflichtiger. So die deutsche Sicht der Dinge. Der heftige zwischenstaatliche Streit darüber zeigt über die höhere Natur des Rechts die einfache Wahrheit: Ein Diskurs um Rechtsauslegung wird hier zwischen den Nationen eher nicht ausgetragen, und der Respekt vor gültigem Schweizer Recht als hohem Gut hält sich in Grenzen. Das politische Interesse Deutschlands ist der Leitfaden, es soll zum zwischenstaatlichen, für die Schweiz verbindlichen Recht werden: Sie soll dem geforderten „automatischen Datenaustausch“ zustimmen, also das deutsche Interesse bei sich zu gültigem Recht erheben und ihr Bankgeheimnis beerdigen. Dem wird sich die Schweiz und dem werden sich die anderen kleinen Steuroasen früher oder später beugen müssen. Da hilft es der Schweiz wenig, dass sie davor warnt, Deutschland werde sich am Ende selber schaden, weil dann die Milliarden nur nach Hongkong auswandern. Steinbrücks „Kavallerie“ muss dafür nicht ausrücken, die Steuer-CDs leisten schon vieles (Selbstanzeigen deutscher Millionäre häufen sich), die ökonomischen und politischen Erpressungsmittel Deutschlands sind auch in

Bern bekannt. So ist das Recht hier eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen den Staaten – und sein Inhalt eine internationale Konkurrenzaffäre ersten Ranges.

8. Denn das ist der politökonomische Kern der Sache: Wenn ein vormalig von Deutschland geduldetes zwischenstaatliches Finanzgebaren jetzt von deutscher Seite offiziell kriminalisiert, als solches dem Nachbarland zur Last gelegt und drohend Änderung zu seinen Lasten verlangt wird, dann steht damit für die Schweiz mehr auf dem Spiel und ist vom deutschen Fiskus und seinen Vorstehern auch mehr bezweckt als die Repatriierung von ein paar hundert steuerflüchtigen Millionen. Mit dem Bankgeheimnis, mit dem als Sonderangebot an das Finanzkapital Milliarden aus aller Welt erfolgreich in die Schweizer Banken gelockt wurden, steht eine entscheidende Geschäftsbedingung der Schweiz infrage. Die Banken werden nicht nur durch den Abzug von Einlagen potenter Kunden geschädigt, sondern eine entscheidende Grundlage ihres Geschäfts wird angegriffen und damit die Schweiz als internationaler Finanzplatz. Ihr überkommener Standortvorteil: international anerkannter, neutraler Treuhänder des internationalen Geld- und Zahlungsverkehrs, Finanzdrehscheibe politisch heikler Geld- und Kreditgeschäfte unter dem Regime der West-Ost-Feindschaft, und nach wie vor moderne Weltparkasse, die dem internationalen Finanzkapital im Schweizer Franken eine wertsichernde Anlage verspricht und so diesen umgekehrt als Nationalkredit bombenfest macht – diese Sonderstellung der Schweiz in der internationalen Konkurrenz wird von Deutschland und anderen kapitalmächtigen Nationen untergraben, und das nachhaltig und dauerhaft. Damit haben die USA vor eineinhalb Jahrzehnten mit der Nazi-Gold-Affäre erfolgreich begonnen, haben nachgelegt mit einem der Schweiz aufgezwungenen bilateralen Abkommen über einen Bankdatenaustausch; und die großen europäischen Staaten – Deutschland an vorderster Front – wollen da nicht zurückstehen. Zumal jetzt die Krise den Willen der nationalen Standorthüter beflügelt, Finanzkapital auf die eigene Nation zu ziehen und damit den eigenen Nationalkredit zu Lasten anderer wieder mit kapitalistischem Wachstum zu stärken. Das also ist die imperialistische Substanz dieser zwischenstaatlichen Großaffäre – und das macht den Rechtsstreit so brisant, der zwischen ihnen ausgetragen wird. ◀

Erschienen in: *GegenStandpunkt* 1-10

Mitschnitte von marxistischen
Vortragsveranstaltungen:

<http://doku.argudiss.de>

Sozialistische Hochschulgruppe
Erlangen-Nürnberg

c/o Studierendenvertretung
Turnstr. 7, Erlangen

sg@sozialistischegruppe.de
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen